

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17810

"Deutsches Museum Nürnberg"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17810 vom 18.07.2017
2. Beschluss des Plenums 17/17911 vom 20.07.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 20.07.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harald Güller, Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Reinhold Strobl, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Stefan Schuster, Angelika Weikert, Arif Taşdelen, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Horst Arnold, Inge Aures, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Kathi Petersen** und **Fraktion (SPD)**

Deutsches Museum Nürnberg

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Schaffung einer Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg.

Hinsichtlich dieses Vorhabens wird die Staatsregierung aufgefordert, keine weiteren vertraglichen Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Planungen für den Aufbau und den Betrieb einer Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg einzugehen bzw. bereits eingegangene Verpflichtungen nach Möglichkeit so lange auszusetzen, bis sie dem Landtag umfassend mündlich und schriftlich über den Sachstand berichtet hat, wobei die Staatsregierung insbesondere auch zu folgenden Punkten Auskunft erteilen soll:

1. Aus welchen Gründen unterscheiden sich die Mittel für Anschubfinanzierung und Miete im Haushaltspol 2017/2018 Kap. 15 03 TG 89 von den in der Antwort der Staatsregierung vom 05.07.2017 auf eine Anfrage der SPD-Fraktion genannten Geldern und was waren jeweils die Grundlagen für die Daten?
2. Welche Änderungen in welcher Höhe plant die Staatsregierung im Entwurf des Nachtragshaushalts 2018 im Kap. 15 03 TG 89?
3. Wer hat wann auf welcher Grundlage den Mietvertrag unterschrieben und welche weiteren Verträge, Zusagen, Verpflichtungen wurden seitens Dritter in welcher Höhe gegenüber wem bereits eingegangen, für die ggf. Gelder aus dem Staatshaushalt fließen müssten?
4. Welche Verträge hat die Staatsregierung im Zusammenhang mit der Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg auf welcher Grundlage unterschrieben, welche weiteren Zusagen hat sie gegenüber wem auf welcher Grundlage abgegeben

und welche weiteren Verpflichtungen ist sie gegenüber wem auf welcher Grundlage eingegangen?

5. Welche Alternativen zu den jetzigen Planungen wurden anhand welcher Kriterien eingehend geprüft und aus welchen Gründen verworfen, wie wurden jeweils Nutzen und Kosten vergleichbar gegenübergestellt?
6. Welches waren schließlich aus der Sicht – sofern der Staatsregierung bekannt – des Deutschen Museums und aus der Sicht der Staatsregierung die entscheidenden Gründe, wie z. B. der sparsame Umgang mit Steuergeldern, für die Mietlösung im Vergleich zu allen anderen Lösungen?
7. Wie bewertet die Staatsregierung die Aussage des ehemaligen Staatsministers Dr. Thomas Goppel über die jährlichen Mietkosten von 2,8 Mio. Euro auf 25 Jahre in Höhe von insgesamt 70 Mio. Euro: „Das ist aberwitzig, wer immer es erdacht hat, spinnt.“? Falls die Staatsregierung die Äußerungen für unzutreffend hält, aus welchen Gründen tut sie das?

Begründung:

Im Moment ist zunächst eine umfassende Klärung und Offenlegung aller Daten und Fakten gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber – etwa in einer zeitnahen Sondersitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – erforderlich, um auf dieser Grundlage den aktuellen Sachstand bewerten zu können und dann ggf. Entscheidungen für die Zukunft zu treffen bzw. Korrekturen vorzunehmen.

Die Begründungen zu den Formulierungen im Antragstext lauten im Einzelnen:

1. Im Haushaltspol 2017/2018 Kap. 15 03 TG 89 ist insgesamt ein Bewilligungsrahmen von 64 Mio. Euro ausgewiesen, davon für Miete jährlich 1,8 Mio. Euro auf 25 Jahre (zusammen 45 Mio. Euro) und für Investitionszuschüsse insgesamt 19 Mio. Euro. In der Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage der SPD-Fraktion werden Kosten von insgesamt 97,6 Mio. Euro genannt, für Miete jährlich 2,8 Mio. Euro auf 25 Jahre (zusammen 70 Mio. Euro) und für Anschubfinanzierung 27,6 Mio. Euro. Die Differenzen müssen aufgeklärt werden.
2. Die von der Staatsregierung genannten Mittel übersteigen die Ansätze im Haushalt, deshalb

- müsste sie in ihrem Entwurf für den Nachtrags-
haushalt 2018 nachsteuern.
3. Die Süddeutsche Zeitung (SZ) berichtete am 13.07.2017 über die Unterschrift unter den Miet-
vertrag. Darüber hinaus muss Klarheit geschaffen werden, welche weiteren Kosten auf den Freistaat
schon jetzt zukommen werden, da bereits Ver-
pflichtungen von Dritten eingegangen wurden.
 4. Von besonderem Interesse ist der Punkt, ob die
Staatsregierung schon jetzt Verpflichtungen ein-
gegangen ist, die die Haushaltsansätze überstei-
gen.
 5. Gesamtkosten von 64 Mio. Euro oder sogar 97,6
Mio. Euro sind nur zu vertreten, wenn Alternativen
umfassend und belastbar geprüft und dann be-
gründet verworfen wurden.
 6. Die SZ berichtet am 13.07.2017 darüber, dass der
Vermieter der Mann der Nürnberger Kulturre-
ferentin Prof. Dr. Julia Lehner (CSU) sei. Spekula-
tionen über personelle und parteipolitische Grün-
de für die Mietlösung sollte die Staatsregierung
komplett ausräumen können.
 7. Zitat von Thomas Goppel laut SZ vom 13.07.2017.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Reinhold Strobl, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränlein, Stefan Schuster, Angelika Weikert, Arif Taşdelen, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Horst Arnold, Inge Aures, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Kathi Petersen und Fraktion (SPD)

Drs. 17/17810

Deutsches Museum Nürnberg

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Herbert Kränzlein

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Verena Osgyan

Abg. Oliver Jörg

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Karl Freller

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Helga Schmitt-Bussinger u. a. und Fraktion (SPD)

Deutsches Museum Nürnberg (Drs. 17/17810)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Transparenz herstellen: Sachstand zum Aufbau und Betrieb der Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg (Drs. 17/17831)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Finanzierung des Deutschen Museums Nürnberg nicht am Landtag vorbei (Drs. 17/17832)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. und Fraktion (CSU)

Deutsches Museum Nürnberg (Drs. 17/17833)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und bitte als ersten Redner den Kollegen Dr. Kränzlein zum Rednerpult.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die SPD begrüßt die Errichtung einer Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg. Wir verlangen aber ein geordnetes Verfahren, an dem das Parlament mitwirkt und in dem es ernst genommen wird und das eine rechtzeitige umfassende Einbindung, volle Informationen und das Finden tragfähiger Entscheidungsgrundlagen ermöglicht.

(Beifall bei der SPD)

Das ist im vorliegenden Fall eben nicht geschehen. Stattdessen haben wir eine Söder'sche Politik nach Gutsherrenart erlebt, die schon aus früheren Verfahren bekannt ist. Als Beispiel nenne ich nur AEG. Projekte, die wir für sehr wichtig halten und hinter denen wir stehen – Obersalzberg, Gärtnerplatztheater oder die Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg seien als Beispiele genannt –, laufen immer wieder aus dem Ruder, weil sie auf der Exekutivebene versemmt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ganz knapp zu den Fakten, damit jeder weiß, worüber wir hier überhaupt reden: Im August 2014 gab es die vernünftige Nordbayern-Initiative. Ein Projekt darin war das Deutsche Museum in Nürnberg. Genannt wurden 8 Millionen Euro, die für die Finanzierung notwendig seien. Danach gab es einige Anfragen zum Plenum und Anfragen der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD, so zum Beispiel im Oktober 2014, im Juli 2015 und im Januar 2016. Immer wieder war die Antwort – das zog sich noch bis in den Juni 2016 hinein, also ziemlich lang –, man habe noch keine ordentliche Projektplanung, man habe noch keine Grundlagen, man könne zu den Kosten nichts sagen. Eine tragische Geschichte, wenn man bedenkt, dass man ein Projekt auf den Weg bringt, der Projektträger selber, das Deutsche Museum, aber bis heute noch nicht in der Lage war, ein endgültiges Konzept vorzulegen. Das ist deswegen problematisch, weil mit dem Startschuss ein Projekt auf den Weg gebracht wurde, das nur schwer wieder zu bremsen ist, obwohl die Grundlagen einfach falsch waren.

Innerhalb relativ kurzer Zeit haben wir gehört, dass man von einer Ausstellungsfläche von 4.000 Quadratmetern, einer Museumseröffnung im Jahr 2019 und Kosten in Höhe von 11 Millionen Euro ausgehe. Das war eine Aussage Söders bei einer Pressekonferenz am 10. Juni 2016, nachzulesen in einer "dpa"-Nachricht. Es gab dann eine Steigerung der Ausstellungsfläche auf 5.500 Quadratmeter. Die Aufbauphase sollte auf einmal 27,6 Millionen Euro kosten, und im Haushalt 2017/2018 wurden dann 64 Millio-

nen eingestellt. Genannt wurde auch eine Miete von 1,8 Millionen. Alles das, was hier gemacht wurde, nämlich bewusst billig einzusteigen, dann die Kosten sukzessive zu steigern und damit Verteuerungen herbeizuführen, ist uns aus vielen Hochbauprojekten der Vergangenheit bekannt. Diese bittere Erfahrung mussten wir im Finanzausschuss leider immer wieder machen.

Hinter dem Projekt stehen inzwischen viele Fragezeichen, denn nun beträgt die Miete 2,8 Millionen Euro im Jahr. Die Personalkosten sind in dem Betrag wohl nicht enthalten. Erst am 5. Juli 2017 haben wir Antworten bekommen, die aber noch viele Fragen und Ungereimtheiten im Raum stehen lassen. Was ist mit dem Mietvertrag? Was steht denn wirklich in diesem Vertrag? Sind wir jetzt schon gebunden, oder können wir aus dem Vertrag noch raus, wenn das Parlament bei der Beratung zum Beispiel zu dem Ergebnis kommt, dass dieser Mietvertrag schlecht ist? Wir haben keine Ahnung davon, wie die Vereinbarung zwischen Deutschem Museum und Freistaat Bayern lautet. Wir haben keine Ahnung davon, was der Projektträger wirklich vorhat und ob das Deutsche Museum wirklich hinter dem Projekt steht.

Ich lese Ihnen einmal ein Zitat vor, das ich spannend finde. Minister Herrmann hat schon vor einigen Jahren versucht, eine Außenstelle des Deutschen Museums bei der Maxhütte unterzubringen. Er hat diesen Vorschlag strukturpolitisch begründet. Darauf hat das Deutsche Museum sehr kühl geantwortet:

Das Deutsche Museum zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass wir viele Disziplinen an einem Ort vereinen ... Es sei deshalb nicht das Ziel, Spezialmuseen in der Umgebung zu eröffnen. Zudem habe man angesichts der Sanierungspläne genug zu tun.

Die haben Herrn Herrmann damals also schön abblitzen lassen. Herr Söder ist jetzt in Vorlage gegangen. Das Deutsche Museum folgt ihm zwar brav, aber es legt nicht vor, was es will.

Den gleichen Unfug haben wir übrigens beim Konzertsaal in München erlebt. Auch da hat man zuerst einen Standpunkt für absolut erklärt. Dann hatten wir eine schlechte Verhandlungsgrundlage. Dann wurden sündteure Abschlüsse gemacht. In München wurde ein aberwitziger Erbpachtvertrag geschlossen. In Nürnberg macht man einen aberwitzigen Mietvertrag; man muss sich das genau anschauen. Darum beantragen wir, mit diesem Projekt in den Ausschuss zu gehen. Obwohl das Finanzministerium zum Konzertsaal in München noch vor einigen Monaten gesagt hat, dass der Freistaat Bayern Anmietungen eigentlich nicht nahetreten wolle oder sogar ablehne, weil der Staat damit keine hinreichende Kontrolle über das Projekt habe, wird jetzt ein Mietvertrag abgeschlossen. Der Mietvertrag bindet uns doch nicht nur 25 Jahre lang. Sie können mit einem Museum doch nicht nach 25 Jahren ausziehen und woanders hingehen. Sie haben einen einzigen Vertragspartner, mit dem Sie über den Mietvertrag verhandeln können. Der kann dann verlangen, was er will. Wenn Sie es hochrechnen, hat er mit diesem Mietvertrag schon jetzt eine Rendite von 14 %. Das müssen Sie irgendwo sonst suchen. Das bekommen Sie nur, wenn der Freistaat Bayern mit Geld um sich wirft, wie es hier der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt jede Menge weiterer Probleme, über die wir sprechen müssen. Wir haben keine vernünftige Abwägung mit anderen Standorten, uns wurden auch keine Alternativstandorte in Nürnberg benannt. Das wurde nur pauschal beantwortet, ohne dass man nachvollziehen kann, was wirklich dahintersteckt.

Darüber hinaus haben wir neben der abenteuerlichen Kostenentwicklung nach wie vor keine ordentlichen Grundlagenermittlungen. Wir wissen gar nicht genau, wohin die Reise geht. Wir wissen zum Beispiel, dass die Stadt München jährlich Betriebskostenzuschüsse für das Deutsche Museum zahlt und einen Erbpachtvertrag zu Null für das Deutsche Museum hat. Das macht der Freistaat Bayern bei einem Erbpachtvertrag sonst nirgendwo.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wenn du ins Mikro redest, hören wir auch etwas!)

Das ist eine deutliche Subventionierung der Stadt München für das Deutsche Museum. Das wirft die Frage auf, wie sich zum Beispiel die Stadt Nürnberg an diesem Museum beteiligt. All diese Fragen sind offen. Alles, Herr Söder, wird nur gemacht, weil Sie wieder mit einem Schnellschuss vorangehen und zeigen wollten, wie tüchtig Sie sind, und das möglichst noch vor den Wahlen.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Das stinkt Ihnen, oder? – Markus Rinderspacher (SPD): Sie sollten es verteuern, Herr Söder!)

– Das stinkt mir überhaupt nicht. Ärgerlich ist nur, dass Sie damit hohe Kosten verursachen, die wir, wenn wir sie im Finanzausschuss absegnen, kompensieren müssen, indem wir andere wichtige Vorhaben zurückstellen.

(Beifall bei der SPD)

Viele Dinge, die wir eigentlich machen müssten, können dann nicht gemacht werden.

Lassen Sie mich, weil die Zeit hier ziemlich knapp ist, noch etwas sagen. Das muss einfach mal gesagt werden, weil der Widerstand – das wissen Sie genau – auch aus Ihrer Fraktion intern kommt. Ihre Fraktion findet das auch nicht gut. Da zitiere ich jetzt mit außerordentlicher Freude den Herrn Goppel, der gesagt hat: Wer sich das ausgedacht hat, der spinnt. – Das haben Sie sich ausgedacht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich muss sagen: Wo Herr Goppel recht hat, da hat er einfach recht. Legen Sie also erst alle Unterlagen auf den Tisch, und gehen Sie damit in den Finanzausschuss. Dann schauen wir uns mal an, was man da noch retten kann und ob man überhaupt noch etwas retten kann. Dieses Chaos-Tandem Söder/Spaenle, dem jede haushaltspolitische Vernunft abhandengekommen ist, ist eigentlich nicht geeignet, solche Maßnahmen ohne parlamentarische Kontrolle durchzuführen.

Der CSU-Antrag hierzu ist geradezu peinlich; darin wird eine uneingeschränkte Umsetzung dieses Projekts verlangt. Sie wissen doch noch gar nicht, was dieses Projekt überhaupt ausmacht, und trotzdem wollen Sie es uneingeschränkt absegnen. Dann bitten Sie untertänigst, dass Ihnen die Regierung vielleicht mal sagt, was da los ist. Hey, wo sind wir denn? Wir sind das Parlament! Die Staatsregierung hat gefälligst zu berichten, und zwar rechtzeitig, frühzeitig, umfassend und richtig. Das haben Sie nicht gemacht. Darum stehen wir heute hier.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit welchem Sorgfaltsmaßstab werden in dieser Staatsregierung eigentlich Großprojekte geplant? Wie wird mit dem Geld umgegangen, das Menschen und Unternehmen mit guter Arbeit verdienen und als Steuern bezahlen? – Ich sage Ihnen: Da tun sich Abgründe auf. Obersalzberg, Gärtnerplatztheater und jetzt Deutsches Museum in Nürnberg: Geld spielt da keine Rolle. Nein, Geld spielt keine Rolle. Schon beim Gärtnerplatztheater sind einfachste Fragen noch immer unbeantwortet. Ich will nur daran erinnern: Am Gärtnerplatztheater haben vielleicht 20 Ingenieurbüros und mindestens 70 ausführende Firmen gearbeitet. Da war die Frage, wer eigentlich der Gesamtverantwortliche ist, bei dem die Fäden zusammenlaufen. Wer ist der Projektsteuerer, der das alles letztlich steuert und insgesamt verantwortet? Wer ist der Koordinator? Allein schon diese banale Frage konnte da nicht beantwortet werden. Offenbar gibt es keinen Gesamtverantwortlichen. Das ist nach Maßstäben der Privatwirtschaft schlicht unvorstellbar. Aber in der Privatwirtschaft spielt Geld auch eine Rolle; denn wenn die Kosten aus dem Ruder laufen, fehlt das Geld zum Schluss dem Unternehmer beim Gewinn. Er hat dann schlicht weniger Geld in der Tasche. Wenn das aber beim Staat passiert, dann sitzen anlässlich der Eröffnung die Minister und Abteilungsleiter in der ersten Reihe und lassen sich feiern oder feiern sich selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt das Deutsche Museum in Nürnberg: Wie verantwortungslos und konzeptlos da vorgegangen wird, macht schon ein Blick in das Protokoll des Wissenschaftsausschusses der Sitzung vom 12.07.2017 deutlich. Ich trage Ihnen daraus ein paar Passagen vor. Da wurde gesagt, die Aushebung der Baugrube erfolge spätestens Anfang August 2017. Das Museumskonzept werde Ende 2017 fertig und dann vorgestellt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wahnsinn!)

Adidas soll sich beteiligen. Was sagt adidas dazu? – Adidas verlangt vor der Entscheidung ein Konzept. Ja sowas!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Komisch!)

Bevor adidas Geld ausgeben will, will die Firma wissen, wofür! Das sollte zu denken geben. Ein Architekturbüro macht eine Machbarkeitsstudie. Das Ergebnis: 4.000 Quadratmeter, drei Meter hohe Räume. Dann habe der Architekt höhere Räume und 5.500 Quadratmeter vorgeschlagen. Sie erinnern sich, liebe Kollegen: Es gibt kein Konzept.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber klar ist: 4.000 Quadratmeter reichen nicht. Es müssen 5.500 Quadratmeter sein. Dann wird im Wissenschaftsausschuss – besonders erfreulich – berichtet, man sei im Zeitplan,

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

wisse aber nicht, ob auf dem Grundstück archäologische Funde zu erwarten seien. Das sei noch nicht untersucht. Festgestellt wurde aber, dass die Miete sehr hoch sei. Das hat der Vertreter des Wissenschaftsministeriums so gesagt. Da kann man bei

2,8 Millionen Euro im Jahr oder 42 Euro pro Quadratmeter durchaus sagen: Das war richtig.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Aber was bekommt der Mieter dafür? Die Raumzuschritte sind unbekannt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ein Wahnsinn!)

Wie schaut es mit der Qualität des Gebäudes insgesamt aus? Wie schaut es mit der energetischen Qualität aus, die durchaus wichtig ist, wenn es um laufende Kosten danach geht? Wie schaut es mit den Baumaterialien aus? –

Wir wollen das Pflichtenheft sehen. Wenn im Privatbereich geplant wird, wird vorab über die Lage jeder einzelnen Steckdose geredet. Hier wird gebaut, ohne dass überhaupt das Museumskonzept bekannt ist. Und warum baut die öffentliche Hand nicht selbst? Wo sind die Vergleichsberechnungen? Möglicherweise spielen da sogar folgende Überlegungen eine Rolle: Wenn wir das als öffentliche Hand selbst bauen, dann müssen wir in diesen lästigen Haushaltsausschuss. Wenn wir aber mieten, können wir machen, was wir wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie da mit öffentlichem Geld umgegangen wird, belegt ein letzter Punkt: Das Projekt mit einem Umfang von jetzt immerhin circa 70 Millionen Euro

(Verena Osgyan (GRÜNE): 100 Millionen Euro!)

sollte überhaupt nur im Fachausschuss vorgestellt werden. Die Haushälter sollten das alles nur zur Kenntnis nehmen. Aber auch im Fachausschuss wurde nur oder im Wesentlichen nur über Geld gesprochen. Auch dem Fachausschuss war das wohl zu viel oder jedenfalls suspekt.

Sehr geehrte Vertreter der Staatsregierung, ein solches Verfahren können und wollen wir Ihnen in der Verantwortung für die öffentlichen Finanzen nicht durchgehen lassen. Wir erwarten endlich einen verantwortbaren Umgang mit öffentlichen Mitteln. Das sind wir und das ist vor allem die Staatsregierung allen Steuerzahlern schuldig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Dynamik, in der sich die Zahlen entwickeln, will ich Ihnen in Erinnerung rufen: Beim Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018 im Oktober 2016 war noch von 1,3 Millionen Euro auf 25 Jahre gerechnet die Rede. Im beschlossenen Haushalt im Dezember 2016 waren es dann schon 1,8 Millionen Euro auf 25 Jahre, und jetzt sind es 2,8 Millionen Euro. Da sind viele, viel zu viele Fragen offen und zu beantworten.

Da sage ich jetzt zu den Kollegen von der CSU: Den ersten Satz Ihres Dringlichkeitsantrags können und wollen wir mittragen, dass der Bayerische Landtag ausdrücklich die Errichtung einer Zweigstelle des Deutschen Museums in Nürnberg begrüßt und die zeitnahe Realisierung unterstützt. Aber dann muss man auch sorgfältig und anständig planen.

Im Übrigen kann ich mich dem anschließen, was der Kollege Kränzlein gerade gesagt hat: Darüber hinaus zu bitten, dass der Bayerische Landtag weiterhin – weiterhin! – vor allem über die finanziellen und planerischen Entscheidungen laufend informiert wird, ist dann doch eine Art von Willfährigkeit gegenüber der Staatsregierung, die dem Landtag nicht zukommt. Wir haben zu erwarten, wir haben auch durchzusetzen. Deswegen können wir solche Nachlässigkeiten und Schlampigkeiten nicht mit einem Beschluss gegenüber der Staatsregierung kommentieren, in dem wir bitten, dass weiterhin berichtet wird. Das ist viel zu wenig. Das sind wir den Steuerzahlern und dem bayerischen Haushalt insgesamt, wenn er auch noch so gut und noch so üppig ist, schuldig. Allein das Mantra, zu sagen, der bayerische Staat ist stark und hat Einnahmen wie noch nie, ist wohl richtig. Aber gerade da entsteht der Eindruck, dass das zu Nachlässigkeiten in einer Art und Weise führt, die wir nicht mittragen werden, nicht

mittragen können. Deswegen können wir auch diesem so schwachen Antrag der CSU nicht zustimmen. Wir müssen die Fragen stellen und werden das durchsetzen. Den Anträgen der Kollegen aus den anderen Fraktionen stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen: Ich habe mich schon ein bisschen darüber gefreut – und meine GRÜNEN mit mir –, dass das Deutsche Museum nach Nürnberg kommt; denn Wissenschaft nach pädagogischen Grundsätzen erfahrbar zu machen, ist eine ganz spannende Sache. Wissenschaft und Science-Fiction zum Anfassen klingt gut. Recht viel mehr haben wir zu dem Thema bisher nicht erfahren, aber lassen wir uns überraschen, haben wir gedacht. Warten wir auf den Bericht im Wissenschaftsausschuss. – Dort ist meine Freude schon erheblich getrübt worden, weil ich eigentlich erwartet hatte, etwas zu erfahren, was über "Wir wissen noch nicht viel; das Konzept wird erarbeitet" hinausgeht. So in etwa stand es dann auch in dem Bericht.

Spannend waren allerdings die Zahlen in dem Papier. Da wurden uns wirklich Wissenschaft und auch der Staatshaushalt anschaulich erfahrbar gemacht. Diese Zahlen haben natürlich auch bei uns einige Fragen aufgeworfen. Da muss ich Sie übrigens loben, Herr Spaenle: Das bayerische Bildungssystem ist nicht völlig verkehrt. Meine Abgeordnetenkollegen im Wissenschaftsausschuss haben alle noch ihre Fünftklässlermathematik und das Kopfrechnen im Millionenraum zusammengebracht. Das hat gut funktioniert. Wir haben die Miete mit den Jahren malnehmen und die Anfangsinvestition dazu addieren können; wir haben rausgebracht: Es sind etwa 100 Millionen Euro Kosten. Das ließ sich hinterher auch noch verifizieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gut. Das ist jetzt der Stand. Natürlich drehte sich die Diskussion völlig im Kreis, weil wir etwas anderes erwartet haben. Es ist doch eher ungewöhnlich, dass wir Fachpolitikerinnen und -politiker uns den Kopf über die Kosten zerbrechen. Aber auch das tun wir gerne, weil die Kosten an dieser Stelle natürlich sehr relevant sind.

Die Historie wurde gerade von meinen Kollegen dargestellt. Am Anfang war die Rede von einer Anschubfinanzierung in Höhe von 8 Millionen Euro. Dass das für einen Museumsbau nicht ausreicht, war allen klar. Aber es hieß "Anschubfinanzierung"; in irgendeiner Form würde sich das Deutsche Museum auch beteiligen. So weit, so gut.

Wir haben daraufhin diverse Anfragen gestellt und immer ausweichende Antworten erhalten. Das Interessante an der Sache war, dass jedes Mal etwa zwei Wochen später eine Pressekonferenz mit wechselnden Beteiligten stattfand. Herr Finanzminister Söder, Sie waren immer dabei; dann war noch der Immobilienentwickler dabei, die Kulturreferentin der Stadt Nürnberg, meistens oder immer der Herr Heckl, der uns im Ausschuss immer so freundlich berichtet und dabei immer so nett lächelt. Wir haben dort Dinge erfahren, nach denen wir uns zuvor in unseren Anfragen erkundigt hatten. In den Antworten dazu hieß es immer, man könne dazu valide nichts aussagen. So weit, so gut.

Dann dachten wir, jetzt müsste ja wohl mal was Substanzielles kommen. Was dann tatsächlich kam, war eine babylonische Zahlenverwirrung. Ich kann nur noch einmal bekräftigen: 100 Millionen Euro sind mehr als 66 Millionen Euro, die im Doppelhaushalt 2017/2018 stehen. Da stellt sich natürlich die Frage, wo denn die 36 Millionen Euro herkommen. Es hieß, vorläufig soll der Freistaat Bayern die vollen Kosten für das Deutsche Museum Nürnberg übernehmen. Das heißt: Die 36 Millionen Euro kommen vermutlich vom Freistaat Bayern. Gleichzeitig hieß es, Vertragspartner seien nicht wir, sondern das Deutsche Museum. Da stelle ich mir natürlich Fragen: Wer hat wann wie welche Verträge mit wem abgeschlossen, welche Zusicherungen gegeben? Wäre es wirklich nicht günstiger gewesen, an der Stelle zu bauen? Wenn das Grundstück zum marktüblichen Preis vermietet wird, gibt es vielleicht auch andere Grundstücke, die in-

frage kommen. Es geht außerdem nicht nur um die Frage, ob der Preis marktüblich ist, sondern auch darum, ob der Freistaat Bayern sich das überhaupt leisten kann und will, ob das Geld im Haushalt ist, ob es für ein Museum angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Fragen konnten auch nicht beantwortet werden. Wir wissen heute noch nicht, wie die Grundstücksvergabe in der Auswahlkommission gelaufen ist, wer beteiligt war und wer was wann wem wie zugesichert hat. Ich denke, man kann das mit Fug und Recht als finanzpolitischen Saustall bezeichnen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wenn sich das so darstellt, wie auch als unwürdige Salamitaktik, wenn immer mal wieder mit Informationen herausgerückt wird und man sich das Bild dann, soweit möglich, zusammenreimen darf. Deswegen erwarten wir jetzt, dass da endlich informiert und Klarheit geschaffen wird; denn wir sind als Parlament zur Kontrolle der Regierung verpflichtet. Das geht aber nur, wenn wir frühzeitig transparente Informationen bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und das ist meiner Ansicht nach nicht geschehen. Das muss nun nachgeholt werden. Das ist unsere Verantwortung nicht nur gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahldern, sondern auch unsere Verantwortung als Wissenschaftspolitikerinnen und Wissenschaftspolitiker, damit das Konzept auch funktioniert; denn wir wollen das Deutsche Museum nach Nürnberg bringen – wir wollen das aber so machen, dass es den bestehenden Rechtsgrundlagen entspricht. Darüber muss aufgeklärt werden. Wir müssen darüber debattieren, nicht nur im Wissenschaftsausschuss, sondern auch im Haushaltsausschuss, am besten in einer gemeinsamen Sitzung. Dafür plädieren wir in unserem Antrag. Den anderen Dringlichkeitsanträgen stimmen wir natürlich auch zu.

Die FREIEN WÄHLER – das rechne ich ihnen hoch an – haben das haushaltspolitisch sehr genau aufgedröselt. Die SPD hat auch nach den Hintergründen gefragt. Personelle Verflechtungen, die man aufklären muss, spielen hier natürlich auch eine Rolle.

Ich finde, wir sollten alle diesen Dringlichkeitsanträgen zustimmen, weil es einfach unsere oberste Pflicht als Landtag, als haushaltspolitischer Souverän ist, uns umfassend informieren zu lassen. Wir stimmen auch dem Antrag der CSU zu, auch wenn ich sagen muss: Den Ausführungen kann ich folgen. Es ist aber natürlich ziemlich läppisch zu formulieren "... weiterhin umfassend zu informieren...", weil wir wissen, wie umfassend die Information bisher war. Aber auch da sind wir nicht so. Lassen Sie uns das alles gemeinsam aufklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss sagen: Ich finde es sehr schade, Herr Spaenle, dass Sie jetzt ins Rennen geschickt werden. Bisher waren Sie hier nämlich noch nicht an vorderster Front zu sehen. Aber ich bin sehr gespannt auf Ihre Ausführungen. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Jörg.

Oliver Jörg (CSU): Geschätzte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst gilt es mal, dieses hoch interessante kulturpolitische Projekt "Zweigmuseum des Deutschen Museums in Nürnberg" grundsätzlich in Bayern einzusortieren. Wir haben in Bayern landauf, landab überall große, sehr große, kulturpolitische Maßnahmen laufen, sei es das Museum für Bayerische Geschichte in Regensburg, sei es der Konzertsaal, den wir in München angehen, sei es das Sudentendeutsche Museum, das Museum für Franken, auf das wir als Würzburger und Franken ganz besonders stolz sind, oder das Porzellanikon in Selb. Jetzt bietet sich eine Riesenchance – eine Riesenchance! – für Nürnberg.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, das Deutsche Museum ist international das führende Museum, wenn es um Naturwissenschaft und Technik geht. Jetzt haben wir die einmalige Chance, hier in Bayern, konkret in Nürnberg, eine Zweigstelle zu eröffnen, die Museum vor allem für junge Menschen noch einmal völlig neu aufsetzt, während woanders, wie etwa in Bonn, genau solche Museen abgebaut werden. Diese neue Zweigstelle greift die Themenfelder Vision und Innovation in Technik und Wissenschaft noch einmal völlig neu und innovativ auf. Ein solches Museum gibt es bisher in Bayern überhaupt noch nicht, ja, ein Science-Center, ein außerschulischer Lernort, der auch mit Schule gekoppelt wird. Sie haben so schön gesagt: Science-Fiction. Ja, an das, was junge Menschen an Science-Fiction begeistert, wird hier angedockt; mit den jungen Menschen wird überlegt: Was kann die Technik, wo sind die Grenzen der Technik? – Das wird also ein richtiges Mitmach-Museum für Technik.

Das ist eine einmalige Gelegenheit. Ich muss die Frage unterstreichen: Wo in Deutschland gibt's denn so was? – Ich lade uns alle ein, dieses Projekt zu begleiten. Da sage ich auch den Kolleginnen und Kollegen von der Opposition dafür Danke, dass sie das zumindest nicht generell infrage stellen, auch wenn ich bei mancher Wortwahl meine Zweifel hatte. Das ist eine Riesenchance für Nürnberg und für ganz Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage allen bisher Beteiligten Danke. Unser Finanzminister Dr. Markus Söder rennt ja dort nicht allein herum und konzipiert dieses Museum, sondern dieser Vorgang ist fachlich äußerst intensiv von denen begleitet, die Herren dieses Verfahrens sind und als Anstalt des öffentlichen Rechts dafür die Federführung haben. Die Fachleute des Deutschen Museums haben auch die Kernkompetenz, wie so etwas gemacht werden muss.

Im Übrigen ist das auch keine solitäre Aktion der Staatsregierung, sondern sie bindet andere Akteure eng ein. Ich bitte darum, dass die Nürnberger Kolleginnen und Kolle-

gen fraktionsübergreifend die Einbindung auch der Stadt Nürnberg zur Kenntnis nehmen. Man kann doch nicht an einem so exponierten Standort etwas entwickeln und andere Standorte gründlich prüfen, wenn man nicht intensiv mit denen zusammenarbeitet, die kommunal Verantwortung tragen. Dazu gehören alle, Verantwortungsträger aller Farben; auch der Oberbürgermeister Dr. Maly gehört dazu. Er begleitet das Vorhaben Gott sei Dank höchst intensiv positiv.

Die Sitzung letzte Woche im Wissenschaftsausschuss fand ich nicht gut. Wir haben nicht sonderlich fundierte Zahlen bekommen. Auch ich stelle mir Fragen, wenn ein Mitarbeiter des Ministeriums sagt: Na ja, das Investment beträgt vielleicht 30 Millionen. – Dann hat jeder überschlagen können: 70 Millionen Miete in 25 Jahren. Wie geht denn das alles zusammen?

Als Parlament haben wir alle Kontrollfunktionen, egal, welche Fraktion in der Klammer steht. Es ist auch gut so, dass die Alarmglocken angehen und wir nachfragen. Das ist völlig legitim, nur hätte es das alles so nicht gebraucht, wenn man von vornherein hier verdichteter vorgetragen hätte und nicht hinterher sagt: Na ja, das mit den 30 Millionen ist eigentlich nur ein Rechenbeispiel gewesen; denn die Investitionskosten sind ja ganz andere. – Wie hoch sie sind, die Auskunft darüber erwarten wir gemeinsam gespannt in den Berichten.

Nur manchmal frage ich mich, wenn ich euren Vortrag dazu höre: Wollt ihr überhaupt Berichte? Denn alle Redner haben die Staatsregierung und die Vorgänge im Vorfeld verurteilt. Beim einen heißt es, es ist exekutives Versemeln; beim Nächsten heißt es, es tun sich Abgründe in der Sorgfaltspflicht auf; und wiederum bei der Nächsten heißt es dann, das ist ein finanzpolitischer Saustall. Sie wissen es doch noch gar nicht. Wofür wollen Sie dann Berichte? – Entweder wir üben unsere parlamentarische Kontrollfunktion sauber aus, dann lassen wir uns das alles vorlegen und zusammentragen, oder wir verurteilen eben nicht vorher.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was heißt vorher?)

Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Ich habe die Zitate genannt, also das, was Sie jetzt schon gesagt haben. – Zum Vorhaben an sich.

(Zuruf)

– Nein, wie der Herr Kränzlein das dargestellt hat, lieber Herr Kollege, das war nicht in Ordnung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie kritisieren es doch selbst!)

– Ich kritisiere und sage, dass wir alle Informationen ordentlich wollen. – Im Übrigen hätte es die Anträge nicht gebraucht, eure nicht wie unsere nicht, weil der Wissenschaftsausschuss in der Tat, Herr Vorsitzender, seiner Aufgabe und Funktion nachgekommen ist. Wir haben die Themen alle angerissen; Sie können das Protokoll lesen. Sie äußern sich da und dort verdichteter. Aber das, was uns gemeinsam beschäftigt, war letzte Woche im Wissenschaftsausschuss alles angerissen. Aber gut, wir können auch hier im Plenum tiefer gehend diskutieren.

Zum Augustinerhof: Jeder kann seine eigene Meinung haben, ob der Standort der richtige ist oder nicht. Mich überzeugt er wirklich, weil er sich nämlich wie kein anderer Standort eignet. Man hat in der Tat viele geprüft. Wenn ich es richtig weiß, gab es 14 unterschiedlich tief gehende Standortprüfungen zur Frage, wo man das Vorhaben verwirklichen könnte. Dann kristallisierten sich eben wenige Standorte als besonders gut geeignet heraus. Ein zentraler Standort in Innenstadtlage, mitten in einer Altstadt, hat einen Vorteil, den all die anderen Standorte nicht geboten hätten. Wir haben letzte Woche im Wissenschaftsausschuss auch schon anreißen lassen, warum man nicht über den AEG- oder Quelle-Standort tiefer gehend nachgedacht hat. Dort liegt man nicht so zentral. Diese Alternativen liegen nicht so zentral und nicht so optimal an den ÖPNV angebunden wie ein Standort mitten in der Stadt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Doch!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Oliver Jörg (CSU): Das machen wir danach.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Gut.

Oliver Jörg (CSU): Danke. – Viele Argumente machen diesen Standort hochinteressant. Dazu gehören auch – und das ist legitim – die Überlegungen einer Kommune, wie sie an einem so zentralen Standort Innenstadt mit einer Mischnutzung weiterentwickeln kann. Es ist legitim, das zu tun. Das Hohe Haus hat es genauso als legitim angesehen, als es darum ging, den Konzertsaal in München im Osten zu platzieren; denn dort wird genauso mit einer Innovation, in diesem Fall mit der eines Konzertsaals, ein ganzes Quartier entwickelt. Wenn an dieser Stelle verschiedene Nutzungsarten miteinander vereint werden können, ist es eine gute Überlegung.

Jetzt kommen wir zur Frage: Kannst du so etwas kaufen? Wir hätten für den Konzertsaal auch gerne gekauft; da haben wir uns die gleiche Frage gestellt. Oder wie kommst du an einem so tollen Standort weiter?

Wenn ein Eigentümer nicht bereit ist zu verkaufen – das haben wir erst vor wenigen Monaten diskutiert, schauen wir in den Münchener Osten –, dann muss man sich halt andere Lösungen überlegen. Dort haben wir uns für ein Erbpachtverhältnis entschieden. In Nürnberg hat das Deutsche Museum einen Mietvertrag ausgehandelt.

Übrigens hätte nach der Bayerischen Verfassung der Freistaat dort nicht vom Grundstockvermögen dieses Gelände kaufen dürfen, nur unterstellt, der Veräußerer wäre dazu bereit gewesen, es dann dem Deutschen Museum kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das ist nach der Bayerischen Verfassung überhaupt nicht möglich. Das wissen Sie auch ganz genau, und deswegen ist es gut, dass man das heute auch einmal darstellen kann.

Was für Möglichkeiten hat man denn dort? Teileigentum, wo eigentlich eine einheitliche Versorgung eines Gesamtareals auch besser in einer Hand ist? Das macht der Freistaat wirklich äußerst selten. Ja, ich gestehe uns allen, auch mir, ein: Natürlich ist es nicht der Regelfall, dass wir mieten. Aber es stimmt auch nicht, dass wir es nicht tun; nur muss es gut überlegt sein.

Natürlich verlangen auch wir, die Gründe zu erfahren, die das Deutsche Museum respektive diejenigen, die hier Amtshilfe leisten, die die IMBY dazu bewogen haben, diesen Weg zu gehen. Dazu müssen im Wissenschaftsausschuss – und auch ihr im Haushaltsausschuss werdet euch sicher damit beschäftigen – noch weitere Informationen kommen. Ich habe im Wissenschaftsausschuss schon gesagt: Wir brauchen die Informationen, sodass jeder Kollege und jede Kollegin sich einen Nachmittag lang an den Schreibtisch setzen und die Unterlagen durchgehen kann; denn man kann nicht in fünf Minuten alles durchdiskutieren, woran andere jahrelang arbeiten.

Das Gesundheitsministerium in München: Anmietung. Dienstgebäude des Land- und des Arbeitsgerichts München: Anmietung. Viele Anmietungen gibt es im Hochschulbereich; das wissen wir im Hochschulausschuss ganz besonders: TUM School of Education, Erweiterungen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften in München und Nürnberg: mehrere Anmietungen. Es handelt sich um nichts, worüber man sagt: Das ist jetzt ganz komisch. Wir haben 124 Anmietungen zwischen 2012 und 2016 mit einer Jahreskaltmiete von über 100.000 Euro, und wir haben eine zweistellige Zahl von Objekten, die wir mieten, für die wir über 1 Million Euro Kaltmiete zahlen. Ich sage das nur, damit Sie so etwas eben auch wissen.

Warum sind die Kosten höher? – Ja, wir gingen von 3.900 Quadratmetern aus und glaubten, dass man auf dieser Fläche ein so innovatives Museum errichten kann. Heute sind wir bei 5.500 Quadratmetern. Es röhrt aber von einer museumsfachlichen Einschätzung her, dass andere Bedarfe angemeldet werden, um es eben, wenn wir es schon machen, richtig zu machen, um aus Nürnberg ebenso internationale Strahlkraft entwickeln zu können. Wenn man mehr Quadratmeter bestellt, steigt natürlich der

Preis. Wenn man noch andere Anforderungen an Raum- und Deckenhöhen stellt, steigt der Preis noch einmal. Ursprünglich ist man von ungefähr 25 Euro pro Quadratmeter ausgegangen. Dabei hätte es überhaupt niemanden von uns vom Stuhl gerissen. Heute liegt man bei circa 38 Euro pro Quadratmeter. Das ist ein Sonderbau, der liegt an der Pegnitz, da baut man eine Tiefgarage. Das, was hier vom Deutschen Museum bestellt ist, ist eine Sondereinrichtung. Man kann das wirklich vergleichen mit Immobilien in Nürnberg, wo für einen Quadratmeter Gewerbefläche zwischen 20 und 60 Euro gezahlt werden. Hier liegen wir in der Mitte. Jeder von uns hat in seiner Heimatstadt schon die IMBY erlebt. Die IMBY achtet ganz genau darauf, welche Preise erzielt werden können und welche nicht. Auch die IMBY hat den Preis um 40 Euro als angemessen eingeschätzt. Wir liegen jetzt sogar darunter. Die Münchener wissen es: Es gibt auch Spitzenmieten, bei denen man mit 100 Euro für den Quadratmeter dabei ist. Ich sage das nur, damit wir eine Einsortierung vornehmen können.

In einem Punkt sind wir nicht beieinander: Ja, wir wollen dieses Projekt. Ja, wir wollen tief gehende Informationen. Das ist das Recht, das wir als Parlamentarier für uns geltend machen. Wir wollen aber auch weitermachen. In dem Dringlichkeitsantrag der SPD habe ich zwischen den Zeilen herausgelesen, dass die SPD dieses Projekt aussetzen will. Nein, wir machen weiter.

Lieber Prof. Dr. Michael Piazolo, wir haben im Ausschuss gesagt, dass wir die Informationen zügig und so schnell wie möglich wollen. Diese Informationen gehören jetzt auf den Schreibtisch jedes Abgeordneten. Dann werden wir uns wieder zusammensetzen und schauen, ob alles korrekt gelaufen ist. Eine Vorverurteilung halte ich in diesem Zusammenhang nicht für in Ordnung. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Zacharias.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Lieber Oliver Jörg, ich darf feststellen, dass uns etwas eint: Ja, wir wollen die Zweigstelle in Nürnberg. Wir sind uns aber nicht einig in der Frage, wie gut wir als Abgeordnete im Ausschuss informiert wurden. Du erinnerst dich an die letzte Woche. Die SPD hat in einem Berichtsantrag umfängliche Fragen zum Deutschen Museum in München gestellt. Dort wird immerhin fast eine halbe Milliarde Euro von unterschiedlichen Geldgebern verbaut. Wir haben auch Fragen zur Zweigstelle gestellt, zum Beispiel zum Nutzungskonzept, und wir haben gefragt, was dort gebaut werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Bericht war eine Katastrophe. Deswegen führen wir heute diese Debatte. Der Bericht war nicht einmal die Tintenpatrone wert. Es stand nichts drin. Alle Nachfragen, die ich gestellt habe, wurden bereits früher einmal gestellt. Der Bericht an dieses Hohe Haus war Hohn. Ich hoffe, dass wir uns in dieser Einschätzung einig sind. Andernfalls müssten wir heute nicht dringlich besprechen, wie es mit diesem 100-Millionen-Projekt in Nürnberg vorangeht.

Lieber Oliver Jörg, ich möchte dazu deine Einschätzung hören: Wir sollen erst Ende August erste Informationen zu Zahlen und Fakten bekommen. Das bezeichne ich nicht als "umgehend". Uns ist es wichtig, zeitnah Informationen zu bekommen. Dazu hätte ich gerne eine Einschätzung des CSU-Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Oliver Jörg (CSU): Dazu muss ich eigentlich nichts mehr sagen, weil ich das bereits hinreichend getan habe. Wir haben den Anspruch, dass wir die Informationen so schnell wie möglich bekommen. Das haben wir bereits in der letzten Woche im Ausschuss gesagt. In der Tat, mich haben diese 13 Seiten auch nicht beeindruckt. Der zuständige Beamte hätte etwas vorbereiteter sein können. Deshalb ist es gut, dass der Steuerzahler die Abgeordneten bezahlt und nach München schickt. Wir kommen unserer Funktion nach. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich weiß um den Zeitbedarf für die beiden nächsten Dringlichkeitsanträge. Mir geht es um zwei Fragen: Was will die Opposition, und was will sie wirklich?

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe den Eindruck, dass es Ihnen nur in zweiter Linie um die parlamentarische Kontrolle geht. In erster Linie geht es Ihnen darum, dem Finanzminister und dem Kultusminister am Zeug zu flicken. Dem werde ich entschieden widersprechen. Als ich im Landtag anfing, war es die laufende Kritik der Opposition, dass Nürnberg benachteiligt werde. Damals wurde laufend festgestellt, dass zu wenig Geld nach Nürnberg fließt. Ab den Zeiten von Strauß hat sich das geändert. Unter Seehofer ist es gelungen, dass keine Ecke Bayerns in irgendeiner Weise benachteiligt wird. Wir hatten in Nürnberg lange Zeit einen großen Nachholbedarf, der jetzt gedeckt wird. Dieses Museum, für das in München eine ganze Insel zur Verfügung steht, hat einen optimalen Platz in der Innenstadt verdient. Der Platz, auf dem dieses Museum entsteht, liegt zentral. Alle sind für diesen Platz, Fachleute ebenso wie die Nürnberger Verantwortlichen.

Ich sage Ihnen eines: Ich kann es nicht verstehen, wenn Herr Dr. Kränzlein davon spricht, dass hier mit dem Geld um sich geschmissen wird und die Nürnberger zu viel bekommen. So können wir Nürnberg nicht fördern. So bringen wir Nürnberg in Schwierigkeiten. Die SPD verrät sich hier beim Thema "Unterstützung für Franken" selbst.

Wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag, dass weitergemacht wird. Wir haben mit dieser Forderung auch recht; denn der Haushaltsausschuss hat bereits Mittel in Höhe von 66 Millionen Euro genehmigt. Dass zu diesen Mitteln Mehrkosten hinzukommen, ist ärgerlich. Trotzdem ist es richtig, dass wir diese Mehrkosten aufwenden; denn dieses Museum mit seiner Zukunftsausrichtung ist wichtig. Frau Osgyan hat davon ge-

sprochen, dass marktübliche Mieten bezahlt werden sollten. Das ist einfach nicht möglich, da es hier nicht um ein Bürohaus geht. Dieses Haus mit seiner Raumhöhe von 4,5 Metern wird speziell für ein Museum gebaut. Als Nürnberger bin ich dankbar, dass wir dieses Museum bekommen. Ich werde es unterstützen, wo immer ich das kann.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Dr. Kränzlein.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Kollege Freller, ist es Ihnen bewusst, dass wir am Museum in Nürnberg keinerlei Kritik geübt haben? Wir finden dieses Museum genauso wichtig wie Sie und unterstützen es in vollem Umfang.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ist es Ihnen bewusst, dass Herr Jörg zur Verteidigung völlig falsche Zahlen aufgefahren hat? Ich lese Ihnen das einmal vor. Angefangen hat es damit, dass gesagt wurde, die Konzeptidee unterstelle derzeit einen Bedarf von rund 1.500 Quadratmetern Ausstellungsfläche. Das wurde anlässlich einer Plenaranfrage der SPD vom 15. Oktober 2014 gesagt. Ein belastbares Konzept sollte bis zum Ende des Jahres 2015 vorgelegt werden.

Herr Kollege Jörg hat von einer fachlichen Begleitung gesprochen. Das Deutsche Museum hat seit drei Jahren noch kein Museumskonzept vorgelegt. Herr Kollege Muthmann hat es gesagt: Wie kann sich der Haushaltsausschuss, der einen Dauerärger mit den Bauten hat, hinter ein solches Projekt stellen, wenn bekannt ist, dass ohne Konzept und ohne Grundlagen immer alles aus dem Ruder gelaufen ist? Auch hier wird es wieder aus dem Ruder laufen. Es gibt keinen Grund, dies zu verteidigen.

Alle wollen dieses Museum. Ich habe Herrn Kollegen Dr. Goppel so verstanden, dass er sich bereits selbst ans Hirn langt und fragt, wer auf eine so hirnrissige Idee gekom-

men ist. Für den Konzertsaal in München wurde auch angeboten, dass das Haus von einem Investor gebaut wird und der Staat es nur mietet. Das Finanzministerium hat daraufhin gesagt: Das kommt nicht infrage. Wir brauchen die Kontrolle. – Die Halbwertszeit Ihrer Aussagen muss mittlerweile mit einer Stoppuhr gemessen werden, so schnell ändern Sie Ihre Aussagen.

(Beifall bei der SPD)

Karl Freller (CSU): Ich glaube, dass Ihnen die rechtlichen Bedingungen überhaupt nicht bekannt sind. Es ist juristisch gar nicht möglich, dass der Freistaat ein Gebäude errichtet und es dann unentgeltlich zur Verfügung stellt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das haben wir gar nicht gesagt!)

Was hier gemacht wird, ist sinnvoll. Ich sage Ihnen: Sie rechnen Investitionskosten und Mietkosten zusammen. Das ist unzulässig. Bei jedem Bau fallen über Jahrzehnte hinweg Mietkosten an. Wenn diese Mietkosten bei vielen Anmietungen über viele Jahre hochgerechnet werden, ergeben sich horrende Beträge. Jeder Privatmann muss wissen, dass eine Investition erheblich teurer wird, wenn er selbst die Kosten für den Unterhalt und für Renovierungen bestreiten muss. Da werden Äpfel mit Birnen verglichen. Das hat doch nichts mehr mit einer seriösen Diskussion zu tun. Hier geht es schlicht und einfach darum, ein Projekt madig zu machen, das für die Region eine echte Chance ist.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Sie wollen dieses Projekt stoppen und aussetzen, siehe Antrag der SPD. Wir alle wissen doch, dass damit ein Jahr verloren geht und das Projekt erheblich teurer wird. Ich möchte nicht, dass dieses Projekt ausgesetzt wird. Wer dieses Projekt aussetzen will, der hat einen Aussetzer.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Freller, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegen noch zwei weitere Anmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Osgyan.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Freller, ich stimme Ihnen zu und bin auch der Meinung, dass Franken seit Jahrhunderten benachteiligt wird. Diese Meinung teilen fast alle in meiner Region. Das ist eine gewisse Grundtendenz. Ich freue mich immer, wenn etwas nach Nürnberg kommt, und hätte gerne mehr davon. Wir müssen natürlich auch sehen: Wir haben in Bayern noch andere Regionen, denen es ähnlich geht. Nichtsdestoweniger ist das Deutsche Museum in Nürnberg eine schöne Idee. Es muss aber auch finanziert werden. Wenn ich mich in meiner Region umhöre und Zeitungsartikel lese, finde ich Bemerkungen wie: Nicht im Ernst! Was? Jetzt ist es so teuer! Wie viel Miete ist denn das? – Das ist also auch bei uns vom gesamten Ablauf her nicht verständlich zu machen. Ich hätte mir einfach gewünscht, dass man von Anfang an Klarheit und Wahrheit walten lässt und einfach sagt, dass ein Museum etwas kostet und wie viel man dafür aufbringt, und dies dann vernünftig durchplant. Dann hätte es keinerlei Nachfragen und Probleme gegeben. Natürlich hätte man trotzdem entsprechende Berichte und saubere Vorlagen erwartet. Ich meine, dies ist an dieser Stelle ganz selbstverständlich.

Mich würde interessieren, wie Sie zu einigen Äußerungen stehen, die ich vorhin gehört habe und denen ich aufgrund meiner Ortskenntnis widersprechen muss. Beispielsweise ist bei Quelle und AEG eine U-Bahn vor der Tür; dieses Gelände ist mit dem ÖPNV bestens erreichbar, was man vom Hauptmarkt nicht unbedingt behaupten kann, da die Menschen von der Lorenzkirche aus dort hinlaufen müssen. Der Standort in der Innenstadt ist sicherlich spannend. Wir wissen aber auch, dass er 20 Jahre lang mehr oder weniger als Parkplatz genutzt worden ist, weil er in verschiedenster Hinsicht verbrannt war. Ich meine schon, dass viele froh sind, dass es für dieses Baugrundstück endlich eine Verwendung gibt und dass es dann sozusagen aufgeräumt

ist. Man hätte rein museumsfachlich auch viele andere Standorte in Betracht ziehen können.

(Oliver Jörg (CSU): 14!)

Das alles liegt uns nicht vor. Angeblich ist dies geschehen. Wir wissen es nicht. Insofern besteht für mich immer noch der Verdacht, dass irgendetwas freihändig vergeben worden ist. Diesen Verdacht müssen doch gerade wir als Nürnberger oder Schwabacher ausräumen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bevor Herr Freller das Wort ergreift, teile ich Ihnen mit, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – So, Herr Freller.

Karl Freller (CSU): Frau Osgyan, Ihren Beitrag nehme ich durchaus ernst. Sie haben auch nicht das gemacht, was Kollege Kränzlein gemacht hat. Ich habe mich über den Satz geärgert, Herr Kollege Kränzlein, dass man mit Geld um sich schmeißt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es mag zwar teurer werden, aber dass dort mehr Geld aufgewendet werden muss, ist durch die Anforderungen des Museums und durch die zentrale Lage des Platzes bedingt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist doch gar nicht bekannt! Es gibt doch gar kein Konzept! Das ist doch das Problem!)

Deshalb meine ich, dass es nicht in Ordnung ist, wenn man hier davon spricht, dass mit Geld um sich geschmissen wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen doch gar nicht, für was das Geld ausgegeben wird! Es gibt kein Konzept!)

Dies ist eine sinnvolle Investition für die Zukunft. Das ist ein tolles Museum, das absolut auf das neue Jahrtausend ausgerichtet ist. Wir sind froh, dass wir es bekommen. München hat es schon lange.

Ich bin der Letzte, der andere Regionen und das, was sie bekommen, ins Spiel bringt. Wir dürfen uns nicht auseinanderdividieren lassen. In Bayern muss jede Region das bekommen, was sie braucht. München hat das an vielen Stellen längst bekommen. Wenn das jetzt im übrigen Bayern, wo nicht immer investiert wurde, nachgeholt wird, ist dies eine gute Sache. Ich bin dafür, dass es bei der Entwicklung Bayerns weiter so vorangeht, dass alle Regionen entsprechende Leuchttürme und Schwerpunkte bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen kleinen Moment, Herr Freller. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Piazolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Freller, vielleicht noch ein paar Klarstellungen. Erste Klarstellung: Wir FREIE WÄHLER begrüßen es sehr und ausdrücklich, dass Nürnberg, was die Kultur betrifft, auch unterstützt wird.

Zweitens. Wir als FREIE WÄHLER freuen uns auch, dass genau dieses Museum, das Deutsche Museum, dort hinkommt. Der Standort war nie Gegenstand der Debatte, den haben Sie und einige der Redner jetzt zum Gegenstand gemacht. Allerdings – und dies ist völlig ortsunabhängig – geht es diesem Parlament und auch uns als FREIE WÄHLER darum, zu prüfen: Was ist der sinnvollste Weg? Was hat stattgefunden? Ist das alles günstig? Ist das der beste Weg? Das hätten wir genauso gefragt, wenn es in München gewesen wäre. Dies gilt für Nürnberg und für jeden anderen Ort in Bayern. Dafür sind wir als Parlament verantwortlich, Herr Freller, und deshalb fragen wir.

Der Ausgangspunkt war im Wissenschaftsausschuss. Dazu will ich noch eine Nebenbemerkung machen. Ich will nicht zulassen, dass die Schuld im Grunde genommen dem einen oder anderen Beamten des Ministeriums gegeben wird. Darum geht es nicht. Das ist nicht Sache der Beamten, sondern das ist Sache der Spitze der Staatsregierung. Die sind verantwortlich, nicht der einzelne Beamte, der seinen Bericht gibt. Das wollte ich auch noch deutlich machen. Die Verantwortung für den Bericht trägt der Minister, der ihn auch unterschrieben hat.

Eine letzte Bemerkung: Es geht nicht um Nürnberg; es geht nicht um das Museum als solches, sondern es geht darum, zu überlegen, ob eine Anmietung, so wie sie ausgestaltet werden soll, die richtige Lösung ist oder ob etwas anderes vielleicht vernünftiger gewesen wäre. Dies zu fragen, ist Pflicht dieses Parlaments, Herr Freller.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Karl Freller (CSU): Ich kann auf jeden Fall feststellen, dass nach den vorliegenden Informationen auch vonseiten der betroffenen Ministerien pflichtgemäß verfahren worden ist.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Freller. – Abschließend kommt jetzt für die Staatsregierung die Wortmeldung von Herrn Staatsminister Dr. Spaenle. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Bayern versteht sich als Kulturstaat. Bayern ist eines der Länder, die im Moment an ganz unterschiedlichen Stellen in ganz unterschiedlichen Bereichen große Investitionen zum Ausbau der Museumslandschaft tätigen. Ich sage das, damit man die Dimension sieht.

Wir haben jetzt mit dem Partner Deutsches Museum eine einmalige Situation. Bei anderen Projekten, die auch angesprochen worden sind, etwa beim Naturkundemuseum, das in München neu errichtet wird, oder beim Haus der Bayerischen Geschichte,

agieren wir als Staat selbst, nämlich als dauerhafter Träger des Betriebes. Beim Projekt des Deutschen Museums haben wir Gott sei Dank einen dritten Partner gewonnen, der rechtlich selbstständig agiert, der seine programmliche, strategische Entwicklung in den eigenen Gremien beschließt.

Deshalb muss im Gegensatz zu den von mir angesprochenen Projekten bei der Umsetzung dieses großen Projektes in Nürnberg vom Ablauf her einiges anders gemacht werden. Da bestehen gänzlich andere Rahmenbedingungen, etwa was die Haushaltssituation angeht oder den Ankauf und die Überlassung eines Baus und Ähnliches. Wir haben hier andere rechtliche Rahmenbedingungen. Wir haben hier eine eigenständige Anstalt des öffentlichen Rechts, die andere Möglichkeiten der inhaltlichen Kursbestimmung hat, als sie etwa bei den zwei genannten Museumsprojekten bestehen, die das Haus, dem ich vorstehe, im Moment auch abwickelt.

Zur Entstehung: 2008 hat sich in Nürnberg eine Initiative gebildet, die sich seither intensiv für das Thema Wissenschaftsrepräsentanz in einer geeigneten Form einsetzt. 2013 hat dann eine entsprechende Initiative München erreicht. Es gab ein Gespräch in der Bayerischen Staatskanzlei, deren Leiter damals Herr Kollege Thomas Kreuzer war. Dem Ministerpräsidenten wurde die Grundidee vorgestellt. Man hat gesagt: Das werden wir in der nächsten Legislatur angehen. Dies ist dann mit dem Grundsatzbeschluss zur Nordbayern-Initiative von 2014 konsequent umgesetzt worden.

Zum Kostenrahmen insgesamt, damit Sie sehen, wo wir uns bewegen und damit die Dimensionen vergleichbar sind: Das Naturkundemuseum in München wird ungefähr 80 Millionen Euro kosten. Auch da ist es so, dass sich die Raumentwicklung natürlich an einem Grobkonzept orientiert und dann in einer Feinplanung genauer festgelegt wird. Derzeit werden Gespräche darüber geführt, wie die bauliche Einpassung in München Nymphenburg sein soll. Ein solches Verfahren ist bei einem so großen Projekt wie einem Museumsbau doch völlig klar. Jeder Museumsbau ist ein Unikat, weil es um ganz unterschiedliche Themen geht, wie wir zum Beispiel auch am Haus der Bayerischen Geschichte sehen, wo in einem Gebäudekomplex ganz unterschiedliche Prä-

sentationsformen vorhanden sein werden. Aufgrund des Brandes stellt sich die Lage jetzt natürlich völlig anders dar. Auf der Kostenseite wird von ungefähr 65 Millionen Euro auszugehen sein.

Ich sage das, damit Sie die Relationen sehen. Wir setzen am Standort Nürnberg gemeinsam mit dem Deutschen Museum ein solches Museum um. Der Investitionsbedarf wurde nach entsprechendem Stand der Detailplanung sofort vorgelegt und beläuft sich auf etwa 27,6 Millionen Euro. Bei der Grundsatzentscheidung kann sich herausstellen, dass ein Kauf und Überlassung nicht möglich sind. Im Rahmen einer sorgfältigen Standortanalyse – Kollege Jörg hat dies angesprochen – wurden im Raum Nürnberg 14 Standorte untersucht. Die Prämisse ist, dass sich dieses Haus an einer möglichst zentralen Stelle befindet. Man hätte das Haus auch an einer peripheren Stelle errichten können, wie das zum Beispiel beim Museum für Industriekultur in Nürnberg der Fall ist, das sich nicht im Zentrum befindet, das aber mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann. Es erscheint aber eine Lösung umsetzbar, die angesichts der städtebaulichen Situierung, ganz abgesehen von der unmittelbaren Lage an der Pegnitz, eine hohe Attraktivität besitzt. Von dort können fußläufig alle anderen wichtigen Kultureinrichtungen in der Nürnberger Innenstadt erreicht werden. Die Umsetzung des Konzepts ist natürlich öffentlich dargestellt worden. Ich habe im vergangenen Herbst gemeinsam mit Herrn Prof. Heckl und dem Kollegen Söder eine öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema durchgeführt, in der eine sehr intensive Diskussion mit der interessierten Bürgerschaft möglich war und bei der Herr Prof. Heckl, wie ich meine, in sehr anschaulicher Weise dargestellt hat, dass wir mit dem Ansatz in Nürnberg, mit den Präsentationsformen, die diese Zweigstelle des Deutschen Museums aufweisen wird, einen völlig neuen und innovativen Weg gehen. Diese Präsentationsformen werden andere sein als die hier in der Nähe, auf der Museumsinsel, an einem über 100 Jahre gewachsenen Standort, wobei aber auch die Entwicklung des Stammhauses fortgeschrieben werden wird. Ich begrüße es ausdrücklich, dass das gesamte Hohe Haus diesem neuen Projekt sehr positiv gegenübersteht.

Also: Nürnberg ist die Beantwortung eines Wunsches, der jetzt knapp zehn Jahre alt ist. Die Aussage, dass das in dieser Legislaturperiode angegangen werden soll, wird damit realisiert. Aus 14 Standorten wurden Alternativen ausgewählt. Zum einen war dies der jetzt gewählte Standort. Im Blick waren außerdem noch das alte Postgebäude am Hauptbahnhof und das leerstehende Kaufhaus Horten am Aufseßplatz in der Südstadt. Die Standortentscheidung wurde auch mit museumsfachlichen Kriterien hinterlegt. Die anderen Kriterien habe ich Ihnen schon dargelegt. Deswegen wären auch AEG oder Quelle sicherlich machbar, aber dem jetzt gefundenen Standort in der Qualität eindeutig unterlegen. Insofern ist eine sorgfältige Bewertung und Umsetzung in der Standortfrage erfolgt, und dies – das ist richtig und klar – unter den haushaltrechtlichen Rahmenbedingungen, die einen Kauf oder auch eine Überlassung eines entsprechenden Baus aus staatlicher Hand an das Deutsche Museum in seiner Rechtsform wegen Artikel 81 der Bayerischen Verfassung eben nicht ermöglicht haben. Die Alternative wäre die Bauherreneigenschaft des Deutschen Museums am Standort Nürnberg selbst gewesen. Auch das ist – das möchte ich auch einmal sagen, um dem Kollegen, der sich bei Ihnen fachlich eingelassen hat, den Rücken zu stärken – in dem ausführlichen Bericht enthalten. Darin wurden Ihnen im Detail die gesamte Finanzierungskulisse inklusive sämtlicher rechtlicher Rahmenbedingungen, die Standortwahl und Antworten auf viele andere Fragen dargelegt. Der Bericht wurde Ihnen am 5. Juli, eine Woche bevor sich der Ausschuss mit dem Thema befasst hat, also auf der Höhe der Zeit, vorgelegt. Zu diesem Zeitpunkt lag die notwendige Weiterentwicklung der Detailplanung mit dem Büro Staab vor, hatte also diese Präzisierung erfahren, so dass wir Ihnen diese unmittelbar in der Umsetzung dieser Fragestellungen dann auch haben vorlegen können und wollen.

Das betrifft zum einen die Frage eines in doppelter Hinsicht erhöhten Raumbedarfs, zum einen, was die Quadratmeterzahl angeht, zum anderen, was die sich aus der Detailplanung ergebenden besonderen Raumforderungen angeht. Es ist bereits wiederholt gesagt worden, was das unter anderem bedeutet. Zum Dritten haben wir in

diesem Zusammenhang auch die Frage zu klären, wie wir die technischen Anforderungen umsetzen. All dies hat zu dieser weiterentwickelten Planung geführt.

Die haushalterische Absicherung ist deutlich gemacht worden. Nach dem Grundsatzbeschluss von 2014 wurden in den Doppelhaushalten 2015/2016 und 2017/2018 die Ihnen bereits hier genannten Kosten bzw. Verpflichtungsermächtigungen eingebbracht.

Jetzt befinden wir uns in einem Planungsstand, der deutlich macht, dass es noch zusätzlichen Engagements bedarf. Ich habe Ihnen die Relationen zu anderen Projekten geschildert. Ich nenne sie noch einmal: etwa 80 Millionen Euro Baukosten für das Naturkundemuseum in München und die etwas mehr als 65 Millionen Euro – ohne die Kosten, die sich aus der Bearbeitung des Brandschadens ergeben werden – für das Haus der Bayerischen Geschichte.

Wenn man sich entschieden hat, für dieses Projekt einen Standort vorzusehen, der eben nicht käuflich zu erwerben ist – einmal die Rahmenbedingungen, die das Haushaltrecht setzt, beiseite lassend –, wenn man dann einen entsprechenden Mietpreis vereinbaren kann, der den besonderen Bedingungen eines solchen Unikats an diesem Standort gerecht wird – übrigens mit der Überwälzung von baulichen Risiken, etwa durch die Sondersituation des Baus der Tiefgarage unmittelbar an der Pegnitz und andere Dinge, auf den Vermieter –, und wenn man dann diese Summen in Anschlag bringt, dann ist es nicht ganz ehrlich, wenn man sagt: Wir haben Einmalinvestitionen von 27,6 Millionen und dann laufende Mietzinsleistungen – die natürlich den speziellen Anforderungen an diesen Standort entsprechen –, die die bereits genannte Summe für 25 Jahre Laufzeit ausmachen. Dies ist im Vergleich zu anderen großen Projekten eine hoch verantwortbare finanzielle Leistung, die erbracht wird, um dieses besondere Museum, das hier einhellig begrüßt wurde, am Standort Nürnberg umsetzbar zu machen.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass das notwendige finanzielle Engagement für Unterhalt und Leistung zunächst einmal für die Anlaufphase bis 2020 allein vom Freistaat getragen wird. Die Partner, also der Freistaat Bayern und das Deutsche Museum, stre-

ben auf diesem Weg bis zum Jahr 2020 eine Bewerbung des Deutschen Museums mit diesem Standort für die Leibniz-Gesellschaft an, eine der Wissenschaftsgesellschaften auf Bundesebene, die Bund und Länder tragen, um auch ein Engagement des Bundes an diesem Standort zu erreichen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde zwischen dem Freistaat Bayern und dem Deutschen Museum geschlossen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Alle Finanzierungszusagen des Freistaats Bayern stehen logischerweise unter Haushaltsvorbehalt, sodass die Befassung des Fachausschusses und des Haushaltsausschusses selbstverständlich gewährleistet ist.

Die Entwicklung des Mietzinses wurde mit dem Deutschen Museum auf dem Wege der Amtshilfe durch die IMBY begleitet. Welche andere Fachstelle des Freistaats Bayern sollte dies tun, wenn nicht die IMBY, die eine entsprechende Expertise aufweist und deshalb in diesem Verfahren auch die Empfehlung für dieses Spezialgebäude gegeben hat?

Natürlich sind dies hohe Aufwendungen. Wenn wir es aber mit dem Kulturstaatssprinzip ernst meinen und Einrichtungen höchster Qualität mit einem großen Namen – und "Deutsches Museum" ist ein großer Name – an einem zweiten bayerischen Standort ins Werk setzen wollen, so ist das selbstverständlich in einer Gesamtabwägung zu berücksichtigen, und, wie ich glaube, mehr als verantwortbar.

Das Deutsche Museum hat bisher außer in München nur durch eine besondere Situation am Standort Bonn eine Zweigstelle eröffnet. Erst vor diesem Hintergrund kann man die Bedeutung, die dieses Projekt für Bayern hat, richtig einordnen.

Das Wissenschaftsministerium hat dem Fachausschuss seit 2014 in regelmäßigen Abständen berichtet, im Februar 2016, im Mai 2016, im Januar 2017, im April 2017, und hat Ihnen, nachdem die Feinplanungen vorlagen und die Auswirkungen auf die Rah-

mensetzung, was Haushaltsmittel und Mietzins angeht, klar waren, am 5. Juli diesen umfassenden Bericht vorgelegt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Ausschuss hat deutlich gemacht, dass man diese Debatte, gerne auch im Haushaltsausschuss, vertieft führen will. Dabei geht es auch um die Frage, warum man sich zu einem Mietmodell entschlossen hat – ich habe versucht, dies in Umrissen deutlich zu machen –, und auch um die Entwicklung der Kosten. Wir stehen selbstverständlich für eine solche Debatte zur Verfügung.

Ich glaube, dass für dieses Projekt sowohl vom Zeithorizont her, nämlich vom Beschluss im Jahr 2014 bis zum Sommer 2017, als auch von der Umsetzung her, inklusive der Herausmendelung des richtigen Standorts und der Entwicklung des Modells, wie wir es heute sehen, die notwendige Sorgfalt aufgewendet wurde. Wir schaffen mit diesem Projekt wirklich einen kulturellen, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften wirkenden Leuchtturm am Standort Nürnberg und werden damit auch dem Verfassungsauftrag gerecht, im Kulturbereich gleiche Bedingungen im Land zu schaffen.

Wir werden natürlich in der Form, die gewünscht wird, intensiv mit dem Haus weiter zusammenarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, einen Moment noch, bitte. Herr Kollege Kränzlein hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Staatsminister, habe ich Sie richtig verstanden, dass bei der Standortauswahl viele Kriterien geprüft wurden, aber offensichtlich nicht die Kostenfrage? – Ich kann Ihnen aus eigener langjähriger Erfahrung als Bürgermeister sagen: Wenn ich nur ein bestimmtes Grundstück will und ich das dem sage, der dieses Grundstück hat, dann bin ich in der allerschlechtesten Verhandlungsposition. Das heißt: Selbst wenn ich ein bestimmtes Grundstück will, lasse ich zwei oder drei

andere Grundstücke im Verfahren und ermittle die Kosten, damit ich einen Vergleich habe. Wir haben nie gehört, dass ein solcher Kostenvergleich angestellt wurde.

Noch einmal: Dieses Museum wollen wir. Dieses Museum wollen wir auch in Nürnberg, aber dieses Museum wollen wir zu annehmbaren, vernünftigen wirtschaftlichen Bedingungen.

Genau das Gleiche ist nämlich mit dem Konzertsaal am Ostbahnhof passiert. Als man den einen Standort als den richtigen benannt hat und dann in die Verhandlungen ging, ist genau das herausgekommen, was wir auch jetzt wieder erleben. Seinerzeit war es ein unglaublich teurer Erbpachtvertrag, hier ist es ein unglaublich teurer Mietvertrag, den man übrigens erst noch einmal genau anschauen muss, mit einer Wahnsinnsrendite für den Vermieter. Sie werden kaum jemanden finden, der eine so hohe Rendite erzielt. Genau zu diesen Punkten hätten wir in Ihrer Rede gerne etwas gehört.

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich habe es mit einer Benennung von ganz konkreten Hausnummern und 14 Standorten in Nürnberg deutlich gemacht, darunter auch AEG und Quelle – auch im größeren Umgriff. Ich habe die zwei Alternativen genannt, die näher zur Innenstadt liegen und neben dem Augustinerhof betrachtet wurden. Selbstverständlich spielen dabei die Kostenfrage und die Entwicklung eine zentrale Rolle.

Ich habe auch versucht, im Rahmen dessen, was hier möglich ist, deutlich zu machen, dass sich die Entwicklung des Gebäudekomplexes und die Planungen für dieses Gebäude im Rahmen der Detailplanungen verändert haben. Insofern spielt die Frage, zu welchen Gestehungskosten man bauen kann, eine wichtige Rolle. Gerade wenn man kein passendes Grundstück im Staatseigentum hat und durch die haushaltrechtliche Situation nicht in der Lage ist, ein Grundstück grundstockkonform zu erwerben, weil dies zugunsten eines Dritten in dieser Form nicht möglich ist, stellt selbstverständlich die Kostenentwicklung ein ganz wichtiges Kriterium dar.

Deswegen habe ich mir erlaubt, auf zwei Projekte hinzuweisen, die natürlich mit Blick auf ihre Umsetzung nicht vergleichbar sind, weil sie staatliche, vom Freistaat Bayern getragene und auch von ihm geführte Museen betreffen, und bei denen wir eben nicht diese haushaltrechtlichen Bedingungen haben, die wir mit dem dritten Partner, dem Deutschen Museum, gestalten müssen. Ich habe Ihnen die Kostendimension ungefähr deutlich gemacht. Auch hierbei haben sich und werden sich entsprechende Veränderungen ergeben. Insofern ist natürlich die Entwicklung der Kostensituation bei dem irgendwann einmal ins Auge gefassten Standort ein ganz wesentliches Kriterium für die Frage: Steht das, was man aufwendet, für das, was man erreichen möchte, in einer vertretbaren Relation?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Prof. Dr. Bauer hat sich gemeldet. Bitte schön.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, das in Rede stehende Grundstück liegt mitten im historischen Kern von Nürnberg. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindet sich der Neubau der IHK. Sie wissen, dass dort archäologische Relikte aus dem mittelalterlichen Nürnberg gefunden worden sind. Das hat den Bau um über zwei Jahre verzögert.

Auf meine Frage im Ausschuss hin, ob hier archäologische Voruntersuchungen stattgefunden haben, hat Herr Prof. Heckl gesagt: Da erwischen Sie mich auf dem falschen Fuß. – Das wisse er nicht, das sei nicht passiert. Können Sie mir diese Frage beantworten, und können Sie mir auch sagen, warum in diesem Areal – es gibt Stadtpläne vom mittelalterlichen Nürnberg, in denen man nachschauen kann, was dort war; wenn dort ein Kloster eingezeichnet ist, wissen Sie genau, dass in seiner unmittelbaren Nähe ein Friedhof war – keine archäologischen Voruntersuchungen vorgenommen worden sind und ob vor diesem Hintergrund mit einer Verzögerung des Baus oder mit anderen Hindernissen zu rechnen ist?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Ich kann Ihnen die konkrete Fallgestaltung nicht deutlich machen, kann Ihnen aber aus Erfahrung sagen, dass zu einer Umsetzung von Baumaßnahmen im Innenstadtbereich, etwa in Regensburg oder in anderen Städten, und zu einem solchen Bauvorablauf nicht nur die Verlegung der üblichen Sparten, sondern natürlich auch entsprechende archäologische Sondagen gehören. Dies wird hier, wenn man voranschreitet, sicherlich auch der Fall sein. Die zeitliche Verzögerung ist bei professionell durchgeführten Sondagen oder entsprechenden Maßnahmen, glaube ich, beherrschbar.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Die namentliche Abstimmung über den Antrag der CSU-Fraktion erfolgt zuletzt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/17810 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/17831 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen, bitte! – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/17832 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/17833. Die Urnen stehen bereit. Wir haben fünf Minuten Abstimmungszeit vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 11.25 bis 11.30 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Deutsches Museum Nürnberg", Drucksache 17/17833, bekannt. Mit Ja haben 86 gestimmt. Mit Nein haben 37 gestimmt. Es gab 32 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.07.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg u. a. und Fraktion CSU; Deutsches Museum Nürnberg (Drucksache 17/17833)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gerlach Judith	X		
Aigner Ilse				Gibis Max	X		
Awanger Hubert			X	Glauber Thorsten			X
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas	X		
Aures Inge	X			Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin	X			Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Güll Martin			X
Bauer Volker	X			Güller Harald			X
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Haderthauer Christine			
Bause Margarete			X	Häusler Johann			
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar			X
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim			X
Biedefeld Susann			X	Hartmann Ludwig			
Blume Markus	X			Heckner Ingrid			X
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.			X
Brannekämper Robert	X			Herold Hans			X
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian			X
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim			
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			X
Celina Kerstin			X	Hiersemann Alexandra			X
Deckwerth Ilona		X		Hintersberger Johannes			
Dettenhöfer Petra				Hölzl Florian			X
Dorow Alex	X			Hofmann Michael			X
Dünkel Norbert	X			Holetschek Klaus			X
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Hopp Gerhard			X
Eck Gerhard	X			Huber Erwin			X
Dr. Eiling-Hüting Ute	X			Dr. Huber Marcel			
Eisenreich Georg				Dr. Huber Martin			X
Fackler Wolfgang	X			Huber Thomas			X
Dr. Fahn Hans Jürgen			X	Dr. Hünnerkopf Otto			X
Fehlner Martina				Huml Melanie			X
Felbinger Günther			X	Imhof Hermann			
Flierl Alexander	X			Jörg Oliver			X
Freller Karl	X			Kamm Christine			
Füracker Albert				Kaniber Michaela			X
Ganserer Markus			X	Karl Annette			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kirchner Sandro			X
Gehring Thomas			X	Knoblauch Günther			X
				König Alexander			X
				Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi			X
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg			X
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen			X
Dr. Strohmayer Simone			X
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			X
Dr. Wengert Paul			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Westphal Manuel			
Widmann Jutta			X
Wild Margit			X
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno			X

Gesamtsumme 86 37 32